

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 836846 ppbn d

Inhalt

Horst Peter MdB begrüßt die Antwort des Osloer Nobelkomitees auf die Geißler Attacken: Verständliche Sprache. Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, stellt die Ergebnisse der verbraucherpolitischen Konferenz der SPD-Fraktion aus Bund und Ländern vor: Schutz der Konsumenten intensivieren. Seite 2

Gernot Fischer MdB weist auf ein Finanz-Desaster in Rheinland-Pfalz hin: Führungsschwäche Bernhard Vogels wird immer offenkundiger. Seite 4

Dokumentation
Der frühere Bundeswehrgeneral Christian Krause hat in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung empfohlen die Doktrin vom Erstgebrauch von Atomwaffen aufzugeben. Wir dokumentieren eine zentrale Passage aus dieser Arbeit. Seite 5

40. Jahrgang / 234

9. Dezember 1985

Empfindsame Seelchen bei der Rechtspresse

Geißler bekam die richtige Antwort auf seine Attacken auf das Nobel-Preis-Komitee

Von Horst Peter MdB

„Die Sprache des norwegischen Nobelkomitee-Direktors Jakob Sverdrup“, so die „WELT“, läßt die Rechtspresse getroffen aufheulen. Sverdrup hatte erklärt, vor Kohl habe nur Hitler die Verleihung des Friedensnobelpreises kritisiert. Die „FAZ“ sieht darin „eine monströse Anspielung“. Sie sind getroffen, weil sie sich erkannt sehen.

Was für empfindsame Seelchen kommen bei „WELT“ und „FAZ“, die doch sonst Geißler mit prasselndem Beifall überschütten, zum Vorschein. Hier hat einmal einer die Sprache gesprochen, die Geißler versteht. Ist es keine monströse Anspielung, wenn Geißler die Pazifisten für Auschwitz verantwortlich macht. Ist es nicht monströs, wenn er seine Gegner zu Lügner, Verbrechern, Verfassungsfeinden, Demagogen, für unmoralisch erklärt?

Wer Greuelmärchen und Latrinenparolen verbreitet, um einmal auf dem von Geißler vorgegebenen Niveau zu verbleiben, darf sich nicht wundern, wenn ihm in einer verständlichen und angemessenen Form geantwortet wird. Zudem hat Sverdrup Recht!

Sverdrup hat Recht, wenn er „mit seinem zeitgeschichtlichen Hinweis Ossietzky und Tschasow (damit IPPNW) auf eine Stufe“ stellt, wie die „FAZ“ kritisiert. Denn damit hat Sverdrup nur positiv gewendet, was Geißler negativ meint und den Kern seiner Kampagne darstellt. Geißler sieht in der Friedensbewegung und den Pazifisten eine den Frieden gefährdende Bewegung.

Damit macht Geißler die heutige Friedensbewegung und die Pazifisten präventiv für zukünftige Kriege verantwortlich, so wie er rückwirkend den damaligen Pazifismus für den Zweiten Weltkrieg - und anfangs Ossietzky für seinen Tod im KZ - verantwortlich gemacht hat.

Geißler verhöhnt nicht nur die Opfer des Faschismus, er ist in gefährliche Nähe zur Denunziationsstrategie der Nazis geraten, die den Pazifismus als „natur- und vernunftwidrigen Unsinn“ sahen. Geißler ist verantwortlich für das, was er sagt, und für das, was ihm geantwortet wird. (-/9.12.1985/rs/ks)

+ + +

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Freizeitgestaltung
kurvenreiches Rennstrecke
Racing Partner



Die Verbraucherpolitik muß intensiviert werden!

Zu den Ergebnissen der verbraucherpolitischen Konferenz der SPD-Fraktionen aus Bund und Ländern

Von Dr. Anke Martiny MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Daß Verbraucherschutz in diesen Zeiten intensiviert und gefördert werden muß, wissen Sozialdemokraten. Portemonnaies werden schmaler, die Produktvielfalt unübersichtlicher. Hinzu kommen besondere Gefährdungen im Wettbewerb um den Kunden - vor allem bei Dienstleistungen.

Auch neue Aufgaben der Verbraucherpolitik müssen angegangen werden: Umweltschutzaspekte bei der Herstellung und Nutzung von Produkten, das heißt beim Anbieter- und Verbraucherverhalten müssen stärker als bisher berücksichtigt werden. Im Kreditgewerbe, im Versicherungsgewerbe gilt es, Regelungen zu treffen, die den Verbraucher vor möglichen finanziellen Einbußen schützen. Nicht zuletzt zeigen die Lebensmittelskandale der letzten Zeit, wo die Defizite liegen.

Dies war Grund genug für die SPD-Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern, bei ihrer letzten Zusammenkunft eine gesonderte Konferenz aller verbraucherpolitischen Sprecherinnen und Sprecher in den Landtagen zu veranstalten.

Die umfangreiche Tagesordnung der Konferenz, die in Augsburg stattfand, begann sehr aktuell: Es ging um Lebensmittelrecht und Lebensmittelkontrolle, ein besonders brisantes Thema, weil die Zuständigkeit hier weitgehend bei den Ländern liegt, von den Ländern aus also gesetzgeberische Initiativen gestartet werden können und müssen. Die Stichworte sind allen geläufig: Weinskandal, Nudelskandal, Östrogene im Kalbfleisch, Rückstände von Tierarzneimitteln, von Pflanzenbehandlungsmitteln, von Luftschadstoffen im Fleisch, in Eiern, in Obst und Gemüse, schließlich die Bestrahlung von Lebensmitteln, um sie keimfrei zu machen - angesichts dieser, die Verbraucher beunruhigenden Entwicklungen ist Tatenlosigkeit unverzeihlich.

Hier wurde vor allem auf die immer noch nicht auf den Weg gebrachte Bundeshygieneverordnung hingewiesen, die seit den Zeiten sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen im Gesundheitsministerium „ruht“. Auch gilt es jetzt mit höchster Eile die Vereinheitlichung der Lebensmittelkontrolle - vor allem auch an den Grenzen - voranzutreiben. Zur Zeit ist es so, daß unbequemere Kontrollen an den Grenzen einzelner Bundesländer zum Ausmaß von Importeuren schlicht umgangen werden können über ein anderes Bundesland. Ein völlig unhaltbarer Zustand! Die Konferenz beschloß, die Fraktionen aufzufordern, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensmittelkontrolle zu verbessern und zu koordinieren.



An den Bund wurde die Forderung erhoben, mehr und besser Lebensmittelkontrolle auf EG-Ebene zu verfolgen. Probleme gibt's aber auch bei gefährlichen Gebrauchsgegenständen. Hier müßte die europäische Rechtsharmonisierung vorangetrieben werden. Zur Zeit läuft ein Vorschlag einer EG-Richtlinie für ein Erfassungssystem gefährlicher Konsumgüter - etwas Ähnliches gibt es schon in Großbritannien.

Ein Vorhaben aus der Zeit sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen ist jetzt - immer noch gegen erheblichen Widerstand der FDP - endlich realisiert worden: Die Regelung über den Widerruf von Haustürgeschäften, zu der auch eine bayerische Initiative im Bundesrat vorlag. Die Verbraucherpolitikerinnen und Verbraucherpolitiker aus den Ländern konstantierten aber einhellig, daß die Tatsache, daß hier der Abschluß von Versicherungsverträgen ausdrücklich ausgenommen ist, den Wert der erzielten Einigung erheblich schmälert. Für die SPD-Bundestagsfraktion konnte ich hierzu eine zu Problemen unter anderem des Verbraucherschutzes im Versicherungsgewerbe ankündigen.

Besondere Probleme gibt es immer noch bei der Produkthaftung. Zwar hat die Bundesregierung - endlich! - die EG-Richtlinie mit unterzeichnet, entscheidend ist jetzt aber, was sie bei der Umsetzung in nationales Recht - dazu hat sie drei Jahre Zeit - konkret unternommen wird. Ich gab diesbezüglich zu bedenken, daß die kürzlich von der Bundesregierung beantwortete Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zum Problembereich „Rückrufaktionen bei gefährlichen Produkten“ nichts Gutes erwarten lassen: Die Antworten der Bundesregierung zeugen von unterentwickeltem Problembewußtsein. Weder gibt es ein Erfassungssystem über erfolgte Rückrufaktionen - zum Beispiel bei defekten Bürodrehstühlen oder bei verschiedenen Autotypen - noch hat die Bundesregierung eine Vorstellung, wie denn sichergestellt werden kann, daß dem Verbraucher erlittener Schaden wiedergutmacht werden könne. Nur per Kulanz der Unternehmen ließe sich dieses Problem nicht lösen. Es müsse - analog der Praxis in den USA - eine Institution geschaffen werden, die derartige Streitfälle regelt.

Alles in allem waren sich die Verbraucherexperten einig, daß die finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentralen gesichert und ausgebaut wird. Zusätzlich zu den verstärkt nachgefragten Leistungen der Verbraucherzentralen sind es besonders die Kreditberatung - Moderner Schuldturm! - und die Versicherungsberatung, die ausgebaut werden müssen.

(-/9.12.1985/rs/ks)

+ + +

Rheinland-Pfalz erlebt ein Finanz-Desaster

Die Führungsschwäche des Ministerpräsidenten wird jetzt auch in der CDU-Spitze erkannt

Von Gernot Fischer MdB

Wie lange noch gedenkt der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Vogel auf Tauchstation zu bleiben? Dies fragen sich angesichts des gigantischen Finanzdesasters der Mainzer Landesbank nicht nur Sozialdemokraten. Auch die lautstark erhobene Forderung des rheinland-pfälzischen CDU-Fraktionsvorsitzenden, Hans Otto Wilhelm, nach einer „Bestrafung der Schuldigen“ hat weniger die strafrechtlich Verantwortlichen dieses Skandals als vielmehr die politischen Funktionsträger im Visier. Daß der Fraktionsvorsitzende dabei nicht so sehr Finanzminister Dr. Wagner, sondern eher an Ministerpräsident Dr. Vogel denkt, pfeifen in Mainz angesichts bekannter Wilhelm'scher Ambitionen die Spatzen von den Dächern.

Gewiß wird - vorerst - niemand auf die Idee kommen, Ministerpräsident Dr. Vogel eines politischen Fehlverhaltens zu zeihen. Indessen wird seine bereits bei der „Bewältigung“ der jüngsten Mainzer Justiz- und Weinskandalen zutagegetretene Führungsschwäche jetzt unübersehbar. Wo ein deutliches Wort gesprochen und vor allem ein klarer Trennungstrich hätte gezogen werden müssen, reichen die Reaktionen des Mainzer Chefs von halbherzigen Vertrauensbekundungen bis hin zur absoluten Funkstille.

Dabei häufen sich die unbeantworteten Fragen:

Wie lange noch soll der Öffentlichkeit das wahre Ausmaß der Milliarden-Verluste der DAL und der auf die rheinland-pfälzischen Steuerzahler und Sparkassen zukommenden horrenden Belastungen verborgen werden?

Wie lange noch soll der Öffentlichkeit vorenthalten werden, daß sich diese Verluste mittlerweile auf 3,5 Milliarden DM zubewegen und die rheinland-pfälzische Landesbank davon allein fast eine Milliarde DM verkraften soll?

Wie lange noch soll das Verwirrspiel um den Grad der politischen und wirtschaftlichen Verantwortung des Verwaltungsratsvorsitzenden der Landesbank, Finanzminister Dr. Wagner, und des Kreditausschußvorsitzenden, Dr. Braun-Friderici, betrieben werden?

Wann endlich zieht Ministerpräsident Dr. Vogel die längst überfälligen personellen Konsequenzen - und zwar ohne daß der Abschied mit opulenten Draufgaben versüßt wird?

Bei solchem politischem Sprengstoff nimmt es nicht Wunder, daß man in Mainz einen raschen und dicken Schlußstrich ziehen und in diese Operation die Opposition gern einbinden möchte. Das wird schwerlich gelingen. Auch die rheinland-pfälzische CDU wird nicht müde, wo immer und wann immer den Sozialdemokraten Inkompetenz in Finanz- und Wirtschaftsfragen vorzuwerfen. Und nun? Si tacuisses.....

(-/9.12.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Unfaßbare Gelassenheit gegenüber atomarer Vernichtung

Der frühere Brigadegeneral der Bundeswehr, Christian Krause, hat für die „Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Untersuchung zum Erstgebrauch von Atomwaffen seitens der NATO erarbeitet. Krause kommt zu der drastischen Empfehlung, auf den Erstgebrauch zu verzichten, weil auf Dauer ein „First Use“ sowieso nicht durchzuhalten sei. Einige Passagen aus der Arbeit des heute forschertisch tätigen Brigadegenerals a.D.:

Prinzipiell gibt es für den Erstgebrauch von Atomwaffen durch die NATO zwei Möglichkeiten: den politisch-demonstrativen Einsatz, der dem Gegner die Entschlossenheit der NATO signalisieren soll, erforderlichenfalls bis zum äußersten zu gehen, um den Angriff abzuwehren, und den militärischen, der den Streitkräften des Warschauer Paktes solche Verluste zufügen soll, daß sie nicht weiter angreifen können. Dem NATO-Oberbefehlshaber Europa (Saceur) sind seit 1954 atomare Waffensysteme unterstellt, die für beide Zwecke geeignet sind. Es handelt sich dabei um Waffensysteme kurzer und mittlerer Reichweite, wie Rohr-Artillerie, Raketen und Kampfflugzeuge sowie um 400 auf U-Booten stationierte Raketen, die nach den SALT-Kriterien zu den „strategischen“ Waffen zählen.

Fast alle Atomwaffen der NATO, mit Ausnahme einiger britischer, sind amerikanischer Herkunft und unterliegen der nationalen Verfügungsgewalt der USA. Die NATO kann erst dann auf Atomwaffen zurückgreifen, wenn der Präsident der USA sie freigegeben hat. Dieser Freigabe sollen Konsultationen zwischen der USA und den Alliierten vorausgehen. Sollten Zeit und Umstände dies nicht gestatten, können die USA auch ohne Beratung mit den Verbündeten in Europa Atomwaffen einsetzen.

Die NATO kann also über den Erstgebrauch von Atomwaffen nicht allein entscheiden, sondern ist von den USA abhängig. Die NATO-Strategie und die von der NATO erarbeiteten Richtlinien für den Erstgebrauch von Atomwaffen sind genaugenommen nur Absichtserklärungen, die aber die Handlungsfreiheit des Präsidenten der USA nicht einschränken. Es ist auch nicht geplant, der NATO amerikanische Atomwaffen vorab freizugeben.

Bisher hat das Bündnis nur Richtlinien für den ersten Einsatz von Atomwaffen ausgearbeitet, aber nicht für die folgenden Einsätze. Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich der menschliche Verstand einen Kampf, bei dem beide Seiten Atomwaffen einsetzen, nur als ein Chaos vorstellen kann, das niemand zu bändigen vermag. Der Generalinspekteur der Bundeswehr erklärte vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages, er halte einen solchen Krieg für nicht führbar.

Als die NATO gegründet wurde, war das Kriegsende des Zweiten Weltkrieges noch in frischer Erinnerung. Es wurde angenommen, Atomwaffen könnten - wie 1945 in Japan - einen Krieg schnell beenden oder gar von vornherein verhindern. Die unerhörten Verluste und Schäden, die die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben erleiden mußten, schienen sich nur im Ausmaß, aber nicht qualitativ von dem zu unterscheiden, was deutsche oder britische Städte durch konventionelle Luftangriffe erlitten hatten. Erst nachdem Wasserstoffbomben erfunden worden waren, deren Sprengkraft im Megatonnen-Bereich lag, wurde es klar, daß die Welt mit den Atomwaffen ein Mittel besaß, mit dem sie sich selbst vernichten konnte. Seitdem liegt über dem Gebrauch von Atomwaffen ein Tabu, das keine Atommacht zu brechen wagt.



Die Atomwaffen brachten den USA nicht das erhoffte Übergewicht über ihre Gegner. Schon in den Jahren 1945 bis 1949, als die USA noch ein Atomwaffen-Monopol besaßen, gelang es ihnen nicht, politischen Druck auf die Sowjetunion auszuüben; seit auch die Sowjets atomar gerüstet sind, würde der Entschluß zum Atomkrieg zwischen beiden Mächten einem Entschluß zum Selbstmord gleichkommen. Dieses Erkenntnis hängt als Menetekel über der Abschreckungsstrategie. Wenn es auch theoretisch denkbar ist, daß eine Seite in einem Atomkrieg Vorteile über die andere erringt, so wären doch Verluste und Schäden auf beiden Seiten so hoch, daß es weder Sieger noch Besiegte, sondern nur Opfer gäbe.

Was im strategischen Bereich gilt, läßt sich auch auf Europa übertragen. Auch im regionalen Bereich herrscht ein atomares Patt. Die kriegsverhindernde Wirkung, die die NATO der Drohung mit dem Erstgebrauch von Atomwaffen zuschreibt, beruht schon längst nicht mehr auf der Überlegenheit ihrer Waffen, sondern nur noch auf der Bereitschaft des Westens zum höheren atomaren Risiko. Die NATO glaubt, der Angreifer würde es nicht wagen, den Krieg fortzusetzen, wenn sie Atomwaffen einsetzt. Das ist eine Spekulation, die falsch oder richtig sein kann, ist sie falsch, dann würden katastrophale Folgen eintreten.

Für beide Weltmächte wäre ein Atomkrieg zwischen NATO und Warschauer Pakt tragbar, solange er sich auf Mitteleuropa beschränken ließe, doch das wird wegen der zunehmenden Verknüpfung regionaler und interkontinentaler Waffen immer unwahrscheinlicher. Für die Europäer ist das Risiko von vornherein untragbar, denn Europa würde einen Atomkrieg nicht überstehen, ungeachtet wie er letztlich ausginge. Es ist unfaßbar, wie gelassen die europäischen Nationen es hinnehmen, daß ihre Regierungen auch 40 Jahre nach den Ereignissen von Hiroshima und Nagasaki und 33 Jahre nach der Zündung der ersten Wasserstoffbombe ihre Sicherheitspolitik noch immer auf eine Strategie stützen, deren einziges vorhersehbares Ergebnis die Vernichtung ihrer Existenz ist.

(-/9.12.1985/rs/ks)

+ + +

